Keine Bücherverbote!

Was wir aus Fällen US-amerikanischer Buchzensur lernen können

geschrieben von Bettina Martin & Matthias Wehry



Bibliotheken haben eine herausragende Verantwortung für die Freiheit des Denkens und für die Sicherung unserer demokratischen Grundwerte. Wie Peter Coyle, der Direktor der Sacramento Public Library, im Kontext der US-amerikanischen »book bans« – Versuche, Bücher aus Bibliotheken zu entfernen – betonte, verteidigen Bibliotheken »kein bestimmtes Buch oder Konzept«, sondern »das Recht auf Bücher und das Recht derjenigen, die sich für das Lesen entschieden haben«. Konsequent argumentieren Bibliotheken demnach nicht »für eine bestimmte Sichtweise gegenüber einer anderen«, sondern für möglichst umfassende Informationszugänge. Diese gesellschaftliche, gestaltende Kraft von Bibliotheken gerät zunehmend unter Druck.

Dabei gilt selbstverständlich, dass Bibliotheken als zentrale Informationsinfrastrukturen der demokratischen Gesellschaft und als Dritte Orte keiner ideologischen Einschränkung unterliegen dürfen und auf Grundlage unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung allen Teilen der Gesellschaft ihre Türen öffnen können.

Das war auch das Ziel des Projekts »Queere Vielfalt«, das durch das Kulturministerium in Mecklenburg-Vorpommern gefördert wurde und bei dem 52 öffentliche Bibliotheken Medien queerer Literatur bereitstellen und Veranstaltungen durchführen konnten. Wie der Bibliotheksverband in Mecklenburg-Vorpommern berichtet, geriet das Projekt in einzelnen Städten und Gemeinden in den politischen Gegenwind. Das Phänomen ist aus anderen Bundesländern bekannt und nicht alle Kritiker nutzen in der Debatte den gesellschaftlichen Diskurs. Vielmehr sind die Beschädigung von queeren Ratgebern, von Texten, die das NS-Regime aufarbeiten, oder von Graphic Novels zu den Themen Gender und Feminismus leider auch in deutschen Bibliotheken zunehmend Teil der Alltagsrealität.

Die vorsätzliche Beschädigung von Büchern, aber auch der Versuch, Literatur einzelner Minderheiten und gesellschaftlicher Gruppen einzuschränken, zielen letztlich nicht auf das einzelne Papierexemplar, sondern auf demokratische Grundwerte. Sie sind der bewusste Versuch, die Freiheit von Bibliotheken und ihrer Kundinnen und Kunden und den umfassenden Zugang zu Informationen aus ideologischen Gründen einzuschränken. Wenn Bücher verbannt oder vorsätzlich beschädigt werden, dann geht es nicht um einen kritischen Diskurs, sondern um einen Angriff auf die Meinungsfreiheit und die Freiheit der Kunst.

Dass hier nicht einfach weggeschaut werden darf, darauf machen die Landesbibliothek und der Landesverband Mecklenburg-Vorpommern in diesem Jahr mit einer vom Kulturministerium geförderten Wanderausstellung zu US-amerikanischen »banned books« – also verbannten Büchern – aufmerksam. Die Ausstellung zieht seit dem Frühjahr durch die Bibliotheken in MV und ist über Monate ausgebucht. Besucherinnen und Besucher können Bücher, die in den USA von Bücherverboten betroffen sind, selbst in die Hand nehmen, durchblättern, sich über die Gründe der Zensur informieren und so in ein Gespräch kommen – über Meinungsfreiheit und Verantwortung in

einer demokratischen Gesellschaft.
Im US-Schuljahr 2024/2025 wurden in den USA über 6.800 »book bans« – Versuche, Bücher aus Bibliotheken zu verbannen – angesetzt. Betroffen waren mehr als 20 Bundesstaaten. Queere Literatur, Texte von Minderheiten und geschichtsaufarbeitende Graphic Novels sind ebenso davon betroffen wie Klassiker und Kinderbücher. Die Bücherverbote ereigneten sich dabei in der Regel an einzelnen Bibliotheken durch Intervention einzelner Personen oder Interessenvertretungen. Wie die American Library Association (ALA) für 2024 ermittelt hat, geschahen 55 Prozent der Zensurversuche an öffentlichen Bibliotheken, 38 Prozent an Schulbibliotheken, 5 Prozent an Schulen und Vorschulen und nur 2 Prozent an Hochschul-, Universitäts- und Spezialbibliotheken. 72 Prozent der Versuche, ein Buch zu bannen, wurden von Interessenvertretungen und Entscheidungsträgern angeregt. Konservative »Pressure Groups«, sprich Lobbygruppen, stehen im Zusammenhang mit massiven Anstiegen von Buchverboten. Sie sind hochgradig organisiert und betreiben ein System der Bürokratieüberlastung, indem »book challenges« – Versuche, Bücher zu zensieren – häufig gleich mehrere hundert Titel umfassen können. Dabei verlaufen »book challenges« regional in einem definierten Ablauf: Eine Anzeige von einer Person oder Interessenvertretung mit der Bitte um Prüfung des Buches erfolgt immer auf eine bestimmte Bibliothek hin. Im nächsten Schritt wird ein Gremium aktiviert, um den Vorgang zu bewerten, und der oder die zuständige Bibliothekarin muss das Buch im Verfahren verteidigen. Bibliothekarinnen und Bibliothekare berichten von Übergriffen auf ihre Person, von Hassmails, nächtlichen Anrufen, Vandalismus am Privatbesitz und von Einschüchterung und Drohungen bis hin zur Gefahr, den Arbeitsplatz zu verlieren.
Die Argumente gegen bestimmte Bücher und die Gründe, sie zeitweilig oder unbefristet aus den Regalen zu nehmen, sind dabei vielfältig. Selbst breit rezipierte Bücher fallen diesen Zensurangriffen zum Opfer. So wurde z. B. gegen die Harry-Potter-Reihe von Evangelikalen ins Feld geführt, Kinder und Jugendliche könnten dazu ermuntert werden, die im Text genannten Zaubersprüche auszuprobieren und sich so dem Bösen zu widmen. Das Werk »The Bluest Eyes« von Toni Morrison – Trägerin des Literaturnobelpreises – wurde nominell wegen sexueller Inhalte diskreditiert, gemeint aber war nachweislich die darin enthaltene »Wokeness«, wie die Initiatoren des Buchverbotes Victoria Manning in Virginia gegenüber Fox News verrieten. Haruki Murakamis »Kafka on the Shore« galt als sexuell zu explizit. Howard Zinns Klassiker »A People’s History of the United States« erzählt als Lehrbuch die US-amerikanische Geschichte aus Sicht der unterdrückten Bevölkerung und wurde als »unamerikanische, linke Propaganda« aussortiert. Art Spiegelmans Graphic-Novel-Klassiker »Maus« arbeitet den Holocaust und das Naziregime auf, hat aber auch eine nackte Frau in der Badewanne sitzen, gerade die wollte man jugendlichen Lesern nicht zumuten, so die Begründung. Wenn man Maya Angelous Werke aus den Regalen nimmt, weil sie rassistisch abwertende Begriffe für »People of Color« verwende, so der Vorwurf, wird das Argument ad absurdum geführt: Angelou, ebenfalls Trägerin von international bedeutsamen Literaturpreisen, dokumentiert in ihren Werken ja gerade die sozialen Ungerechtigkeiten und Nachteile, denen große Teile der US-amerikanischen »People of Color« ausgesetzt waren, auch sprachlich, in Schimpfwörtern, rassistischen Benennungen und verbalen Herabwürdigungen.
»Banned books« haben in den USA zu Widerspruch und kreativen Lösungen geführt: Die Brooklyn Public Library bietet allen Kindern und Teenagern im ganzen Land Bibliotheksausweise an und stellt verbannte Bücher online zur Verfügung. In einzelnen Staaten wurden Bücherbusse mit »banned books« organisiert, die die schulischen und städtischen Bibliotheksstrukturen umgehen. ALA und andere Verbände geben umfassende Materialien heraus zur Unterstützung der beteiligten Akteure. Im Frühjahr 2022 wurden in Florida in mehreren Bibliotheken die Regale zu sexueller Aufklärung und queerer Literatur geräumt. Die so entstandene Bücherware wurde kurzerhand von einem Verein aufgekauft, der die Bücher anschließend kostenfrei an Jugendliche über einen Onlineshop versendete. Die Zivilgesellschaft greift ein. Auch die Verlage und die Politik intervenieren inzwischen und setzen sich für rechtliche Regelungen ein. In 25 Bundesstaaten konnten inzwischen »Freedom-to-read«-Gesetze eingebracht werden.
Die Prozesse en detail und die gesellschaftlichen Hintergründe unterscheiden sich von denen in

Deutschland. Und doch ermöglicht uns dieser kurze Einblick über den Atlantik einige Erkenntnisse für das Geschehen vor der eigenen Haustür. Die Situation in Deutschland und in Mecklenburg-Vorpommern ist schwerlich vergleichbar mit den US-amerikanischen »banned books«. Die Wirkung aber auf die Betroffenen ist immer gleich: Die Zerstörung und Entfernung von Materialien und Büchern einzelner Communities nimmt nicht nur die Möglichkeit für einzelne Personen, sich lesend zu orientieren und Bezugssysteme für die Fragen des eigenen Ichs zu finden. Sie höhlt nicht nur die wissenschaftliche Forschung aus, die einer ihrer Grundlagen – umfassende Informationszugänge – entbehren muss. Sie diskreditiert nicht nur unsere gesellschaftlichen Verabredungen, gebündelt im Grundgesetz und den Freiheitsrechten. In dem Moment, in dem ein Buch aus den Regalen entfernt wird, wird der entsprechenden Community signalisiert: Ihr gehört hier nicht hin. Das ist schrecklich.
Bibliotheken und die Kulturpolitik haben in den vergangenen Jahren viele unterschiedliche Maßnahmen durchgeführt, um Schwellen zum Besuch niedrig zu halten. Die Bibliothek mag uns als sozialer Ort selbstverständlich sein, für viele Communities ist sie das nicht, weil sie sich in der Bibliothek nicht wiederfinden konnten und auch heute nicht immer leichthin wiederfinden. Aus diesem Grund sind Bibliotheken sehr aktiv, die Türen anders und neu zu öffnen, denn Bibliotheken sind für alle da und jede Zensur, jedes Zerreißen und Entfernen von Material schlägt die Tür wieder zu, bewusst und gewollt, und jedes Buch, das eine neue Welt eröffnet, macht sie einen Spalt weit auf.
Aus diesem Grund ist es wichtig, dass das feinmaschige Netz aus Bibliotheken, Kulturpolitik und Zivilgesellschaft belastbar ist. Diese drei Akteure müssen in permanenten Verständigungsprozessen sein, um sich weiterhin für die Wirksamkeit der Bibliotheken einzusetzen. Der Grundkonsens dabei muss immer die Beteiligung gesellschaftlicher Vielfalt und Meinungsfreiheit sein, und die Grundmethode der demokratische Diskurs, für den selbstverständlich ist: Don’t ban books.

Dieser Text ist zuerst erschienen in Politik & Kultur 9-10/2026